

Taliban und EZ - ein Widerspruch?

von A. Sultan Karimi

Nach dem Abzug der sowjetischen Soldaten aus Afghanistan im Jahr 1989 und dem Ende des letzten sowjetischen Statthalterregimes unter Najibullah im Jahr 1992 erwarteten alle Beobachter den Wiederaufbau des Landes. Doch stattdessen tobte der Krieg als Bürgerkrieg weiter und vernichtete die wenigen noch verbliebenen Strukturen. Internationale Organisationen dokumentierten schreckliche Greuelthaten für diese Warlord-Zeit nach 1992, in der besonders die Hauptstadt Kabul und ihre Bewohner zu leiden hatten.

Im Jahr 1994 traten die Taliban („Religionsstudenten“) als neue militärische Macht mit dem Anspruch an, dieser Anarchie ein Ende zu machen und dem Land zu Frieden und Stabilität zu verhelfen. Mit der Unterstützung der Bevölkerung verjagten sie viele der Warlords und nahmen 1996 Kabul ein. Inzwischen haben sie etwa 85 Prozent des Landes unter ihre Kontrolle gebracht und diesen Teilen - dies gestehen auch ihre ärgsten Widersacher ein - zu relativer Sicherheit verholfen. Allerdings haben sie es in keiner Weise geschafft, eine Verwaltungsstruktur aufzubauen oder gar den Wiederaufbau in Gang zu setzen.

Auf internationaler Ebene sind die Taliban aufgrund der verheerenden Menschenrechtslage, des von Afghanistan namentlich mit Usama Ben Laden ausgehenden Terrorismus und des Drogenanbaus isoliert. Bis jetzt wurden sie lediglich von Pakistan, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten anerkannt. Auf massiven Druck der USA haben die VN im November 1999 Sanktionen gegen Afghanistan verhängt, womit sie diese zu Verhandlungen über die offenkundigen Defizite zwingen wollen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat die bilaterale Zusammenarbeit Anfang der 80er Jahre nach der kommunistischen Machtübernahme eingestellt. Heute hilft Deutschland Afghanistan mittels der EU und eigener kleiner Nothilfe- und humanitärer Programme. Im Land selbst sind jedoch verschiedene kleine und große NROs tätig, die Wiederaufbau- und Entwicklungsprojekte - wohlgerne mit Duldung der Taliban - unterstützen. Diese haben alle mit enormen finanziellen Schwierigkeiten und sehr viel weniger mit den Taliban-Vertretern vor Ort zu kämpfen.

An großen NROs leisten vor allem die Welthungerhilfe mit Frauenprojekten in Kabul und in Djalalabad (Taliban-Gebiete) und das Internationale Komitee des Roten Kreuzes beispielhafte Arbeit. Sehr bekannt ist auch die Krankenstation im südwestlich von Kabul gelegenen Chak-e Wardak, das von einer deutschen Kranken-

schwester geleitet wird. In diesem Krankenhaus arbeiten - unter den Augen der örtlichen Taliban-Ratsversammlung (*shura*) - auch afghanische Krankenpflegerinnen und Ärztinnen. Kleinere NROs unterstützen vor allem Schulprojekte, bei denen örtliche Taliban-Vertretern zum Teil explizit auch den Schulbesuch von Mädchen wünschen.

Afghanistan und seine zur Zeit noch zusätzlich unter einer schweren Dürre leidenden Menschen erhoffen sich keine Hilfe mehr durch die Taliban, die diesen gegenüberstehende Vereinigte Nordallianz oder gar eine weitere bewaffnete sogenannte Befreiergruppe - das Land wartet vielmehr auf Hilfe aus dem Ausland. Auch sie haben das Menschenrecht, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Da reicht es nicht, daß die internationale Politik die Menschenrechtsverletzungen, Terrorismus und den Drogenanbau beklagt, sondern diese Übel müssen an der Wurzel angefaßt werden. Wenn wir uns für

Afghanistan wartet auf die Hilfe aus dem Ausland

die Frauenrechte in Afghanistan einsetzen wollen, dann führt es offensichtlich in eine Sackgasse, wenn wir auf der anderen Seite die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit einstellen und damit diesen Frauen jegliche Chance auf Bildung oder anderweitige Entwicklung nehmen.

Insofern bedeuten Talibanregime und Entwicklungszusammenarbeit keineswegs einen Widerspruch. Viele Beispiele auf NRO-Ebene belegen, daß Projekte in den von den Taliban kontrollierten Gebieten durchaus erfolgreich durchgeführt werden können, was nicht zuletzt an der Autonomie der lokalen Ratsversammlungen liegt. Es stellt sich vielmehr die zynische Frage, ob die Menschen, die unter der Taliban oder Nordallianz-Kontrolle leben müssen, doppelt bestraft werden sollen: einmal durch die rigide Unterdrückung durch die faktischen Machthaber und zum anderen durch das Ausbleiben ausländischer Hilfe.

Der Autor ist Vorsitzender der Mediothek für Afghanistan e.V.